

Erwartungen an die demokratischen Parteien in Rheinland-Pfalz in der Legislaturperiode 2026 bis 2031

- Kurzfassung -

**In Wort und Tat:
Demokratie verteidigen! – Menschenrechte achten!**

Wir erwarten im ...

Handlungsfeld „Förderung von Demokratie und demokratischer Zivilgesellschaft“

- ✓ Klares Bekenntnis zu den Grund- und Menschenrechten sowie zur gesellschaftlichen Vielfalt in Rheinland-Pfalz.
- ✓ Verzicht auf rassistische oder diskriminierende Zuschreibungen und Vorurteile gegenüber benachteiligten Personengruppen und faktenbasierte Argumentation in der politischen Auseinandersetzung.
- ✓ Wertschätzung, Verteidigung und auskömmliche Finanzierung der zivilgesellschaftlichen Arbeit für Demokratie und Menschenrechte.
- ✓ Kohärenz zwischen dem Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten und konkretem politischem Handeln.

Handlungsfeld „Asylpolitik“

- ✓ Ausdrückliches Bekenntnis zum Grundrecht auf Asyl und zum Menschenrecht auf ein faires und individuelles Asylverfahren.
- ✓ Rückkehr zum Prinzip „Aufenthaltsverfestigung vor ‚freiwilliger‘ Ausreise vor Abschiebung“.
- ✓ Keine Abschiebungen in Kriegs- und Krisenstaaten und keine Abschiebung von besonders vulnerablen Personengruppen wie z.B. Familien mit minderjährigen Kindern.
- ✓ Rückkehr zum Recht: Rechtliche und tatsächliche Abschiebungshindernisse ausnahmslos durch die Ausstellung einer Duldung dokumentieren.

- ✓ Die Menschenwürde migrationspolitisch nicht relativieren: Keine Bezahlkarte für Geflüchtete, keine Leistungskürzungen, flächendeckende Einführung der elektronischen Gesundheitskarte.
- ✓ Keine Zustimmung zu weiteren Verschärfungen des Asylrechtes im Bundesrat, Aufnahme von Schutzsuchenden in Landesverantwortung, keine gesonderte Unterbringung zur „Durchführung von Verfahren bei Sekundärmigration“.

Handlungsfeld „Unterstützung der Kommunen im Bereich der Integration“

- ✓ Klares Bekenntnis zur gemeinsamen Verantwortung von Land und Kommunen: Integration zur kommunalen Pflichtaufgabe machen und auskömmlich finanzieren.
- ✓ Arbeitsfähigkeit von Ausländer- und Einbürgerungsbehörden wiederherstellen: landesweite „Zentralstelle zur Verbesserung von Aufenthalts- und Bleibeperspektiven“ einrichten; Aufwuchs von Personalstellen in den Ausländer- und Einbürgerungsbehörden finanziell fördern.
- ✓ Auskömmliche und dauerhafte Finanzierung der Migrationsfachdienste und der psychosozialen Versorgung von Menschen mit Flucht- bzw. Migrationsbiografie.
- ✓ Klares Bekenntnis zu den kommunalen Integrationsbeauftragten und den kommunalen Beiräten für Migration und Integration.

2

Handlungsfeld „Antirassismus und Antidiskriminierung“

- ✓ Landesantidiskriminierungsgesetz verabschieden, das wirkungsvoll vor Diskriminierung schützt.
- ✓ Den „Rasse“-Begriff in der Landesverfassung durch eine Formulierung ersetzen, die vor rassistischer Benachteiligung und Diskriminierung schützt.
- ✓ Im Dialog mit der Zivilgesellschaft eine merkmalsübergreifende „Strategie 2030: Diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz“ erarbeiten, die bestehende Einzelstrategien berücksichtigt, einbindet und ergänzt.

Handlungsfeld „Politische Partizipation“

- ✓ Kommunales Wahlrecht für rechtmäßig und dauerhaft in rheinland-pfälzischen Städten und Gemeinden lebende Drittstaatsangehörige einführen.